

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb
am 19.09.2023

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 15:03 Uhr
Sitzungspause: -
Ende: 15:58 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünewald
Herr Marcel Kaldek
Herr Carsten Krumhöfner Stellv. Vorsitzender
Frau Tanja Orłowski
Herr Werner Thole

SPD

Herr Sven Rörig Vorsitzender
Herr Michael Schnitzer
Frau Karin Schrader
Herr Frederik Suchla

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Gorny
Herr Paul John
Frau Romy Mamerow
Herr Klaus Rees

FDP

Herr Claus-Rudolf Grünhoff

AfD

Herr Gerhard Schäfer

Die Partei

Herr Christian Loth

Die Linke

Frau Meike Taeubig

BFB

Herr Dietmar Krämer beratendes Mitglied

Von der Verwaltung:

Herr Kaschel Stadtkämmerer Dezernat 1
Herr Bültmann Kaufmännischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb
Frau Harodt Technische Betriebsleiterin Immobilienservicebetrieb
Herr Hartwig Stab Dezernat 4
Frau Niestrath Geschäftsführung Immobilienservicebetrieb
Herr Poetting Amt für Schule, anwesend: 15:15 Uhr-15:25 Uhr

Zuhörer*innen:

Herr Adler Referent CDU
Frau Dietze Immobilien-servicebetrieb, anwesend: 15:00 Uhr-15:20 Uhr
Frau Weber Immobilien-servicebetrieb, anwesend: 15:00 Uhr-15:20 Uhr

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Rörig, eröffnet den öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Herr Rörig teilt mit, dass Punkt 1.1 (Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes gemeinsam mit der Bezirksvertretung Mitte, dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Schul- und Sportausschuss am 13.06.2023) von der Tagesordnung abzusetzen wäre, da dieser noch nicht abschließend von allen beteiligten Ausschussvorsitzenden genehmigt sei.

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes gemeinsam mit der BV Mitte, dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Schul- und Sportausschuss am 13.06.2023

abgesetzt

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 30. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes am 15.08.2023

Zu dem öffentlichen Teil der Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die öffentliche Niederschrift der 33. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes vom 15.08.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Einladung Besichtigung Hellingskampschule

Frau Harodt teilt mit, dass sie die Mitglieder des Ausschusses zu einer Besichtigung der Grundschule Hellingskampschule einladen möchte. Als Termin schlägt sie hierfür den 08.11.2023, 16.00 Uhr vor.

Herr Rees erkundigt sich, ob dieser Termin auch an die Mitglieder des Schul- und Sportausschusses weitergegeben werden könne. Frau Harodt bestätigt dies und antwortet, dass diese ebenfalls sehr herzlich willkommen seien.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 2.2

Wirtschaftsprüfer

Herr Bültmann berichtet, dass man sehr überrascht davon sei, dass die bisherige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft des ISBs, die RSM GmbH mit Standort in Krefeld, sich ab dem 01.10.2023 mit der dhpg in Bonn zusammenschließe. Laut Mitteilung der RSM GmbH würden die mit dem ISB geschlossenen Verträge und Vereinbarungen vollständig im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die dhpg GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berufsausübungsgesellschaft übergehen. Nach Aussage der RSM GmbH erfolge die Betreuung für den ISB aber weiterhin unverändert mit den bekannten Beratern und Ansprechpartnern des Standortes Krefeld. Dies sei entscheidend für den ISB.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 2.3

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan "Neubau Gesamtschule Schildesche Westerfeldstraße Ecke Apfelstraße!"

Frau Harodt korrigiert, dass es sich entgegen der Bezeichnung des TOP 2.3 nicht um einen Aufstellungsbeschluss sondern bereits um den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss handele.

Herr Bültmann informiert, dass die Beschlussvorlage in der Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche mit großer Mehrheit beschlossen worden sei. Herr Rörig fügt ergänzend hinzu, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Beschlussvorlage ebenfalls mit großer Mehrheit beschlossen habe.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3

Anfragen

Es liegen keine öffentlichen Anfragen vor.

Zu Punkt 4

Anträge

Es liegen keine öffentlichen Anträge vor.

Zu Punkt 5

Außerschulische Nutzung von Schulaußenanlagen durch Dritte; hier: überbezirkliche Schulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4325/2020-2025/3

Herr Poetting erklärt, dass es sich vorliegend um eine weitere Nachtrags-Informationsvorlage handele. Diese ersetze die vorangegangene Ursprungs-Beschlussvorlage sowie auch die jeweiligen Nachtragsbeschlussvorlagen und stelle den gesamten Sachverhalt nochmals zusammengefasst dar. Wie der Vorlage zu entnehmen sei, habe man zwischenzeitlich sowohl die Stellungnahme

des Rechtsamtes als auch die Beschlüsse und Empfehlungen der jeweiligen Bezirksvertretungen erhalten. Anhand dieser Ergebnisse könne man den Antrag nun politisch auf den Weg bringen.

Herr Bültmann ergänzt, dass die Vorlage zudem den Hinweis enthalte, dass die benötigten Finanzmittel von ca. 300.000 € jährlich für extern zu beauftragende Schließdienste derzeit weder im Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 des ISB noch im Entwurf des Haushaltes 2024 des Amtes für Schule zur Verfügung stehen.

Dieser Betrag sei daher im Rahmen der Abschlussberatungen noch zu thematisieren.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 6

Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld (ISB) für das Wirtschaftsjahr 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6369/2020-2025

Herr Rörig informiert die Ausschussmitglieder, dass er den allgemeinen Wunsch vernommen habe, den vorliegenden Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu behandeln. Im Allgemeinen sei dies in diesem Kontext in der Vergangenheit auch so gehandhabt worden.

Herr Bültmann möchte bezüglich des Wirtschaftsplanes auf einige Besonderheiten ergänzend hinweisen. So habe man das aktuelle städtische Bauprogramm in den letzten Tagen noch vollständig in den Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 eingearbeitet. Das städtische Bauprogramm liege inhaltlich in dieser Form auch dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vor, welcher dieses bereits in erster Lesung behandelt habe. Ersichtlich seien in dem vorliegenden Wirtschaftsplan diejenigen Maßnahmen, deren Umsetzung bis zum Jahr 2027 angestrebt sei. Darüberhinausgehende Planungen befänden sich selbstverständlich weiterhin in der Baumaßnahmenliste.

Eine weitere Besonderheit ergebe sich dadurch, dass die vorgesehenen Kreditaufnahmen aufgrund der in den folgenden Jahren hohen Investitionskosten im Wirtschaftsplan enthalten seien, diese sich aber nicht in den Tilgungen abbilden. Der Hintergrund für die Nichtberücksichtigung der Tilgungen im Wirtschaftsplan sei, dass diese Darlehen in der Regel in den ersten fünf Jahren tilgungsfrei seien. Die entsprechenden Liquiditätsabflüsse könne man daher erst in den Jahren 2028/29 sehen. Zuvor seien alle Ansätze mit dem Amt für Finanzen abgestimmt worden. Da die bezirksbezogenen Maßnahmen allerdings noch in den jeweiligen Bezirksvertretungen zu behandeln wären, könne man die dort getroffenen Entscheidungen erst in der Sondersitzung am 26.10.2023 bekanntgeben.

Frau Grünewald erkundigt sich, ob aus der Beschlussvorlage auch hervorgehe, dass der Wirtschaftsplanansatz auch für solche Abschreibungen gelte, wie beispielsweise der Einbau der Raumluftechnischen Anlagen in den Schulen. So habe sie in einem kürzlich erschienenen Zeitungsbericht gelesen, dass diese noch nicht angeschlossen seien und möchte daher nachfragen, wann hiermit zu rechnen sei. Frau Harodt antwortet, dass die Aufträge zwar erteilt seien, es aufgrund der allgemeinen angespannten Lage im Bereich der Elektroinstallationen aber zu Verzögerungen käme. Die Umsetzung der noch offenstehenden Aufträge erfolge aber nun sukzessive.

Ergänzend fragt Frau Grünewald nach, ob die in dem Wirtschaftsplan enthaltenen Mehrbedarfe hinsichtlich der Schulbauten seitens des Schulamtes gedeckt seien oder daneben von den anderen Dezernaten mitgetragen werden müssten. Herr Bültmann erwidert, dass die finanzielle Deckung in der Regel von der Bildungspauschale bzw. den sogenannten Finanzanlagen des Amtes für Schule erbracht werde. Der ISB bekomme hierfür Investitionskostenzuschüsse.

Herr Thole bittet um Auskunft, ob er es korrekt verstanden habe, dass diese Vorlage ergänzend in die jeweiligen Bezirksvertretungen gehe und dort ggf. eine Änderung der Priorisierung von einzelnen Maßnahmen erfolgen könne. Diesbezüglich gehe es ihm insbesondere um das Feuerwehrgerätehaus in Lämershagen. So habe man seinerzeit im Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst, dass das Feuerwehrgerätehaus als Maßnahme mit enthalten sei. Des Weiteren habe der Ausschuss in einer weiteren vorangegangenen Sitzung verschiedene Varianten der Planung vorgestellt bekommen und sich letztendlich einstimmig für eine dieser Varianten entschieden. Herr Thole kritisiert, dass es sich für ihn nun so darstelle, als wenn diese Maßnahme keine Berücksichtigung mehr finde. Er beantrage daher die Mitaufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen in die Anlage 1 des vorliegenden Wirtschaftsplanes. Anderenfalls möchte er bereits jetzt schon darauf hinweisen, dass die Bezirksvertretung Stieghorst in ihrer nächsten Sitzung für einen Vorzug dieser Maßnahme stimmen werde.

Herr Bültmann erklärt, dass die betreffende Vorlage für die Bezirksvertretungen alle geplanten Baumaßnahmen für das Jahr 2024 enthalte. Insgesamt betreffe dies weit über 140 auf das gesamtstädtische Gebiet verteilte Maßnahmen. Seines Erachtens finde der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen in dieser Auflistung ebenfalls Berücksichtigung. Da der anfängliche Planer sich beruflich neuorientiert habe, sei ein Engpass bei den Planungskapazitäten entstanden. Der ISB versuche aber selbstverständlich weiterhin, das Vorhaben wie geplant umzusetzen. Ein adäquater Ersatz sei aber bislang noch nicht verfügbar. Bezogen auf den soeben gestellten Antrag von Herrn Thole teilt Herr Bültmann mit, dass die betreffende Baumaßnahme in den Listen zum städtischen Bauprogramm nachrichtlich dargestellt sei und es diesbezüglich noch einer Einordnung bedürfe. Herr Thole erwidert, dass er aus eben diesem Grund den Antrag soeben gestellt habe.

Herr John empfiehlt, den von Herrn Thole gestellten Antrag zurückzustellen. So solle der Ausschuss nicht nur dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Lämershagen den Vorzug geben, sondern eine gesamtstädtische Betrachtung in den Vordergrund stellen. Herr Thole erwidert, dass er dies so nicht akzeptieren werde. Sofern jetzt nicht beschlossen werde, die geplante Maßnahme in die Anlage 1 aufzunehmen, sei die finale Entscheidung getroffen und nicht mehr abänderbar.

Herr Rees erwidert, dass dem nicht so sei. Er stelle daher einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung bezüglich des von Herrn Thole gestellten Antrages. Zur Begründung führt er aus, dass es keinen Sinn mache, an dem heutigen Sitzungstag einen speziellen Antrag vorzuziehen. Man solle daher, wie von Herrn Rörig vorgeschlagen, den vorliegenden Tagesordnungspunkt in Gänze in der heutigen Sitzung als 1. Lesung behandeln. Dies umfasse letztendlich auch den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Lämershagen.

Herr Bültmann wendet sich nochmals an Frau Grünewald. Bezugnehmend auf ihre eingangs gestellte Frage möchte er ihr ergänzend mitteilen, dass sie in der mittelfristigen Finanzplanung 2023-2027 die Zuschüsse für Neubaumaßnahmen sehen könne. So würden diese in den Jahren 2026 und 2027 auf 157 bzw. 127 Mio. € steigen. In der Finanzanlage des Amtes für Schule seien zudem auch die Schulmaßnahmen für das städtische Schulbauprogramm ausgewiesen. Dabei

handele es sich um Investitionskosten, welche der ISB vom städtischen Haushalt zugewiesen bekomme.

Frau Grünwald stellt abschließend die Frage, ob ebenso die Lutteraue in der Auflistung des Wirtschaftsplanes enthalten sei. Die Beschlüsse bezüglich der Maßnahmen zur Entschärfung der Überschwemmung seien dahingehend ja bereits gefasst worden. Herr Bültmann erwidert, seines Erachtens nach wären diese folgerichtig nicht enthalten. In dem vorliegenden Plan handele es sich um diejenigen Maßnahmen, für welche man eine Förderung bekomme. So beispielsweise auch zum Ausbau der Grünanlagen. Hierbei handele es sich zwar um Angelegenheiten, welche von dem Umweltamt Bielefeld in Auftrag gegeben würden, da die Flächenzuständigkeit aber beim ISB liege, seien diese Maßnahmen daher auch in dem vorliegenden Wirtschaftsplan enthalten. Bei Gewässer- und Hochschutzmaßnahmen liege die Zuständigkeit jedoch ausschließlich beim Umweltamt.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des ISB und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

- **Der Wirtschaftsplan 2024 des Immobilienservicebetriebes (ISB) wird beschlossen.**
- **Der Aufnahme von Kassenkrediten bis zu einer Höhe von 40 Mio. € wird zugestimmt.**

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Der von Herrn Rees gestellte Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung des Antrags von Herrn Thole wird mehrheitlich beschlossen.

Zu Punkt 7

Beratung des Haushaltsplanes 2024; Produktgruppe 11.01.14 Immobilien-servicebetrieb

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6370/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Haushaltsplan 2024 mit den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.14 - Immobilienservicebetrieb sowie den Kennzahlen in der Veränderungsliste für das Jahr 2024 zu beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8

Kostenlose Menstruations- und Inkontinenzartikel auf öffentlichen Toiletten

und Einrichtungen der Stadt Bielefeld
hier: Prüfaufträge zur Ausweitung des Angebotes und zur Finanzierung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6514/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 9

Aufstellung eines Raummoduls an der Grundschule Osningschule / Interimsunterbringung Mehrklasse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6567/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10

Sporthalle Ummeln - Vorstellung des Konzeptes zum Neubau

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6712/2020-2025

Anhand einer Präsentation stellt Frau Harodt das Konzept zum Neubau der Sporthalle Ummeln vor.

Herr Rörig bedankt sich für die Präsentation und stellt die Nachfrage, ob entgegen der geplanten Beheizung der Sporthalle über eine Luft-Wasser-Wärmepumpe dieser Standort auch für Geothermie geeignet sei. Frau Harodt teilt mit, dass dieses von den Gegebenheiten des jeweiligen Erdreiches abhängt und vorliegend auch geprüft worden sei. Aufgrund dessen, dass man für die Geothermie eine verschiedene Anzahl an Bohrungen benötige, habe man sich vorliegend aber aus Gründen der Wirtschaftlichkeit für eine Luft-Wasser-Wärmepumpe entschieden.

Herr Grünhoff erkundigt sich, ob für das gesamtstädtische Gebiet in Bielefeld verlässliches Datenmaterial verfügbar sei, welches Informationen zur geothermischen Eignung der jeweiligen Grundstücke enthalte. Frau Harodt antwortet, dass sie diesbezüglich selbst nachforschen müsse. Entsprechende Daten stelle sie aber bei Vorhandensein sehr gerne zur Verfügung.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 11

Städtisches Bauprogramm - Ergebnis der Beratungen/Beschlüsse

Herr Krumhöfner ergänzt, dass die zur Information beigefügte Vorlage 6672/2020-2025 dem Rat noch nicht vorgelegen habe und daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht final sei.

Herr Bültmann fügt hinzu, dass er diesbezüglich im Vorfeld davon ausgegangen sei, in der heutigen Sitzung erste Beratungsergebnisse zur Verschaffung eines Gesamtüberblickes präsentieren zu können. Demgegenüber stehe aber, dass die Vorlage im Haupt, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss auch erst in 1. Lesung behandelt wurde.

Abschließend möchte Herr Krämer, da dies inhaltlich zum städtischen Bauprogramm passe, abermals auf das Feuerwehrgerätehaus in Lämershagen eingehen. So sei bei der vorangegangenen Diskussion zu berücksichtigen, dass es hier keinesfalls um den Aspekt gehe, dass eine Person der anderen ein Projekt wegnehmen wolle. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Bedingungen des vorhandenen Gebäudes in funktionaler und baulicher Hinsicht, könne eine Nichtberücksichtigung der geplanten Maßnahme seines Erachtens allerdings dazu führen, dass sich zukünftig keine Personen mehr für das Amt der Freiwilligen Feuerwehr zur Verfügung stellen. Herr Rörig erwidert, dass es vorliegend nicht explizit darum gehe, jemandem etwas wegzunehmen. Es handele sich um allgemeine Projekte und jedes einzelne Projekt benötige eine Einordnung und individuelle Begründung. Der Ausschuss habe somit die Pflicht, Interessen gegeneinander abzuwägen, um eine tragfähige Lösung zu finden.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte vor.

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

gez. Sven Rörig, Vorsitzender

gez. Katja Nierstrath, Schriftführung